

Grüne/SPÖ fordern Maßnahmen

Kein Wohnungsnotstand? Innsbruck will Leerstand höher besteuern



Mit durchschnittlich 9700 Euro pro Quadratmeter muss in Innsbruck österreichweit am meisten für eine Eigentumswohnung gezahlt werden.

© Böhm

Montag, 5.08.2024, 06:28

Weil das Land keinen Wohnungsnotstand in Innsbruck sieht, fordern jetzt Grüne und SPÖ vom Land ein Maßnahmenbündel für leistbares Wohnen in der Landeshauptstadt.

Innsbruck – Der Stachel sitzt tief und dürfte in den nächsten Wochen noch zu intensiven politischen Debatten zwischen Stadt Innsbruck und Land Tirol führen. Schließlich lehnt das Land eine Verordnung ab, die für die Landeshauptstadt einen Wohnungsnotstand feststellen würde. Damit könnte

das bisher noch nie angewendete Bodenbeschaffungsgesetz aktiviert werden, mit dem die Stadt in Vorkaufsrechte von Kaufverträgen eintreten und so Grundflächen zu angemessenen Preisen erwerben könnte. Auch Enteignungen wären nicht ausgeschlossen.

Vizebürgermeisterin Elli Mayr (SPÖ) und Vize-Stadtchef Georg Willi von den Grünen bezweifeln nach wie vor die Berechnungen des Landes, dass der Wohnungsbedarf in Innsbruck unter zwei Prozent liegt. Das Land weist ihn für 2315 Personen aus.

„Es braucht wieder eine Mietzinsbeihilfe ab dem ersten Tag. Innsbruck ist das teuerste Pflaster.“

Elli Mayr/SPÖ (Vizebürgermeisterin)

Willi verlangt im Gegenzug, dass rasch die vom Nationalrat beschlossene Klarstellung zur Vertragsraumordnung ins Landesrecht übernommen wird. Das heißt, dass sich die Gemeinde bei Neuwidmungen 50 Prozent der Grundfläche zu einem sozialverträglichen Preis für den geförderten Wohnbau sichern kann. „Wenn durch einen hoheitlichen Akt eine Umwidmung von Freiland in Bauland, eine Erhöhung von Bebauungsdichte etc. ein Mehrwert entsteht, darf dieser nicht einseitig dem Eigentümer zufallen“, drängt Willi.

Zugleich fordert der grüne Vizebürgermeister eine Erhöhung der Leerstandsabgabe. In Tirol sind rund 77.000 Wohnungen unbewohnt, in Innsbruck stehen von 723 im Vorjahr errichteten Wohnungen 100 leer. Willi: „Die Tiroler Leerstandsabgabe ist völlig zahnlos. Im Kampf gegen die hohen Wohnungspreise müssen wir alles tun, damit leer stehende Wohnungen auf den Markt kommen. Gleichzeitig müssen die Gemeinden die Bezahlung der Leerstandsabgabe effizient kontrollieren können. Wenn das nicht ermöglicht wird, sind wir weiterhin machtlos.“

„Im Kampf um leistbares Wohnen muss das Land jetzt in Innsbruck rasch in die Gänge kommen.“

Georg Willi/Grüne (Vizebürgermeister)

Ähnlich argumentiert Elli Mayr. Neben den von Willi angeführten Maßnahmen verweist sie darauf, dass „wir in der Stadt jetzt rasch Vorbehaltsflächen für den sozialen Wohnbau ausweisen werden“. Bei den Widmungen müssen 75 Prozent der Gesamtfläche an die Stadt verkauft werden – zu günstigen Wohnbauförderungskonditionen. Die Leerstandsabgabe müsste ebenfalls deutlich angehoben werden. „Gäbe es die Wohnungsnotstands-Verordnung bereits, hätte die Stadt etwa bei dem umstrittenen Wohnbauvorhaben in Amras sich ein Vorkaufsrecht sichern können.“

Schlussendlich fordert Mayr, dass die Mietzinsbeihilfe wieder ab dem ersten Tag gelten müsse. Die Anwartschaft beträgt derzeit zwei Jahre. Augenblicklich finden dazu Gespräche zwischen Wohnbaureferent LHStv. Georg Dornauer (SP) und dem Gemeindeverband statt. (pn)

Mehr zum Thema:



Debatte um Wohnungsnotstand

[Großfamilie hat nur zwei Zimmer: Harsche Kritik an Nein zu Wohnungsnot in Innsbruck](#)



Debatte um Wohnungsnotstand

[Innsbruck floppt beim Baugrund, Dornauer verteidigt Nein zu Wohnungsnot](#)



Kommentar

[Innsbruck ist kläglich gescheitert](#)



Zu wenig Wohnbedarf

Land erteilt Innsbruck Abfuhr: Kein Wohnungs-Notstand in Landeshauptstadt